Kein Winterschlaf am East River

Probleme und Tagungen der Vereinten Nationen am Jahresbeginn

DR. MAX BEER, NEW YORK

Sonderberichterstatter der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Aus dem Inhalt: Erfolg der Kongoaktion und Abwicklung der Kubakrise — Wenig Aussichten in Palästina — Kein Fortschritt in den Abrüstungsgesprächen — Erneute Kolonialdebatten — Finanzierung des Friedens — Welthandelskonferenzprobleme, Wissenschaft und Technologie, wirtschaftliche Zusammenarbeit — Geburtenkontrolle in Entwicklungsländern? — Schutz gegen Rassendiskriminierung und religiöse Intoleranz.

Einleitung

Besucher von auswärts, aber auch aus New York, die irgendwie in diesen ersten Monaten des Jahres der Weg in die internationalen Gebäude am East River führt, haben das Gefühl, in eine ausgestorbene Stadt einzutreten, wie man sie hier und da in ehemalig blühenden, jetzt seelenlosen Goldgräberregionen des alten Amerika findet.

Die großen Salons, die weitläufigen Korridore, die riesige Versammlungshalle sind leer, in einigen kleineren Konferenzsälen scheinen zwar einige Diplomaten oder Sachverständige versammelt zu sein, aber man sieht sie kaum, sie verschwinden in dem sonst von keinerlei Leben erfüllten gewaltigen Bau. Auch in den Pressesälen, ja sogar in den Bars herrschen Leere und Stille. Die paar Delegierten und Korrespondenten, die bescheidene Gruppen bilden, sprechen kaum von den Problemen der Vereinten Nationen, interessieren sich kaum für die Sachverständigenberatungen, kommentieren vorwiegend die Vorgänge in der äußeren Welt und beklagen dabei, daß sie in dem vereinsamten Nationenpalast keinen Widerhall finden. Der Besucher zuckt die Achseln. Nach dem langen und überwältigenden Geräusch der Versammlungstagung haben die Vereinten Nationen scheinbar Ferien oder sind dem Winterschlaf verfallen.

Die nachstehenden Ausführungen sollen dieser in jedem Jahr von neuem umgehenden Legende entgegentreten, nach einem Überblick über die wesentlichen politischen Probleme, die zum Teil brennende Aktualität verloren haben, zum Teil weiter beunruhigen, eine wenn auch nicht vollständige Zusammenfassung der zahlreichen wirtschaftlichen und anderen Probleme und Tagungen bieten, die, wenn sie trotz aller auch in ihnen spürbaren Gegensätze doch ernsthaft und auch fruchtbar das Werk der Weltorganisation vorwärts treiben, den in dem lärmenden, streitbaren, hemmungslosen Trubel der Versammlung etwas wesenlos gewordenen Beschlüssen erst wieder in sachlicher Arbeit Leben einflößen und sie zu verwirklichen suchen.

I. Politische Probleme

1. Kongo

Die Berichtsperiode sah eine der gefährlichsten Zuspitzungen der Kongoaktion der Vereinten Nationen und hierauf — ihren Erfolg.

Die Verschärfung, die zu ernstesten Besorgnissen Anlaß geben durfte, bestand darin, daß die Truppen der UN zu ausgesprochenen Kampfhandlungen im Katanga übergingen, die mit Angriffen der Katangagendarmerie und Errichtung von Sperrblocks gerechtfertigt wurden, zum Vormarsch auf Jadotville führten, der angeblich infolge von Zusammenbruch der Verbindungen zwischen New York und der Militärleitung in Elisabethville ohne Instruktionen vorgenommen, dann aber an höchster Stelle der UN gebilligt wurde, hierauf zur Einnahme eines zweiten wichtigen Bergwerkzentrums, Kolwezi, wo der Katangapräsident Tschombe mit Zerstörungen gedroht hatte, und endlich zur Kapitulation Tschombes führte. Generalsekretär U Thant konnte mitteilen, daß die Militäraktion — die vielfach sehr scharf kritisiert worden war — jetzt dem Ende entgegengehe, daß man jetzt in die Periode des Wiederaufbaus eintrete, aber, abgesehen von einer bevorstehenden Herabsetzung der Truppen von 19 000 auf 13 000, *militärische Überwachung noch notwendig* sei, wie überhaupt noch eine Fülle schwieriger Probleme zu lösen sind. Unruhen nicht nur im Katanga, sondern auch in Kasai und anderen Regionen sind in der Tat weiterhin zu befürchten, wie auch die Autorität der Zentralregierung, die ja nur mit Hilfe der Truppen der UN halbwegs gesichert werden konnte, noch als schwankend gelten muß, Stammeskämpfe drohen und vor allem die Finanzlage des Landes völlig zerrüttet ist.

Der Kongo wird jedenfalls noch lange das Sorgenkind der Vereinten Nationen sein, blieb ihnen auch die zeitweilig mit Recht befürchtete Niederlage und damit ein nicht wieder gutzumachender Prestigeverlust erspart. Daß schließlich nach zweieinhalb Jahren die Befriedung des neuen Staates, dem zu schnell die Selbständigkeit und die Mitgliedschaft in den UN trotz Fehlens aller wesentlichen Voraussetzungen zugebilligt worden waren, immerhin in hohem Maße erzielt werden konnte, liegt natürlich zum guten Teil daran, daß es sich in der letzten Phase der Kongoaktion — der bisher letzten — um das seltene Phänomen einer *grundsätzlichen Übereinstimmung unter den entscheidenden Faktoren* handelte: Die *Vereinigten Staaten,* die, solange die politische Einheit und territoriale Integrität des Kongo nicht hergestellt war, kommunistisches Eindringen mit all seinen Folgen für Afrika befürchteten, waren der Vorkämpfer und aktive Helfer der Aktion der Vereinten Nationen geworden; die *Sowjets,* die stets Tschombe bekämpft hatten, störten die Aktion nicht; die *afrikanischen und asiatischen Neutralisten* standen hinter dem Generalsekretär; und schließlich halfen ihm diesmal auch die *Belgier* und ihre den Katanga beherrschende *Union Minière,* deren Einrichtungen schwer bedroht gewesen wären, wenn nicht ein schneller militärischer Erfolg sie gerettet hätte. So wurde es möglich, ohne die in U Thants ursprünglichem Plan vorbereiteten *Wirtschaftssanktionen* gegen Katanga zu organisieren, *rein militärisch,* vorläufig jedenfalls, das Problem des Separatismus zu lösen.

Das große politische und juristische Problem der *Intervention der UN in die inneren Angelegenheiten,* in den Bürgerkrieg eines souveränen Mitgliedstaates mag allerdings weiterhin berechtigte Sorge bereiten. Immerhin läßt sich sagen, daß die Intervention der UN den verhängnisvollen Fehler korrigierte, den sie mit der leichtfertigen Aufnahme des anarchischen neuen Staates begangen hatten.

2. Kuba

Wird der Kongo noch geraume Zeit die UN in Anspruch nehmen, so scheint die andere gefährliche Krise, welche im letzten Herbst die Weltorganisation auf das äußerste beunruhigte,

über ihr die Wolken des Atomkrieges zusammenraffte, ihrem Gesichtskreis entschwunden zu sein. Nach langen Verhandlungen zwischen Amerikanern und Sowjetrussen und zwischen beiden und dem Generalsekretär, in denen der Versuch unternommen wurde, eine *„Abwicklung" der Kubakrise* im Sicherheitsrat formell vorzunehmen, mußten sich die Beteiligten damit begnügen, sie schriftlich „abzuwickeln". Anfang Februar richteten der amerikanische Chefdelegierte *Adlai Stevenson* und der erste stellvertretende sowjetische Außenminister *Vassily Kuznetsow* einen gemeinsamen Brief an *U Thant,* in dem sie erklärten, daß es „infolge des Grades des zwischen ihren Regierungen erzielten Einverständnisses über die Regelung der Krise und des Ausmaßes des in seiner Durchführung erreichten Fortschrittes *nicht notwendig* ist, daß dieses Thema weiterhin im gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufmerksamkeit des *Sicherheitsrates* in Anspruch nimmt". Das Schreiben sprach ferner die Hoffnung aus, daß die im Zusammenhang mit der karibischen Krise ergriffene Aktion zu einer *Regelung anderer Differenzen* zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und zu einer allgemeinen Verminderung der Spannungen, die weitere Kriegsdrohung verursachen könnten, führen werde.

Gleichzeitig richtete der Delegierte Kubas *Carlos Lechuga* einen Brief an den Generalsekretär, in dem es hieß, daß die mit Hilfe U Thants geführten Verhandlungen nicht zu einer dauernden Garantie des Friedens im karibischen Gebiet geführt hätten und daß sie kein für Kuba annehmbares Ergebnis hatten, da die Vereinigten Staaten ihre Aggressions- und Interventionspolitik nicht aufgeben und nicht Castros „fünf Punkte" berücksichtigen.

Generalsekretär *U Thant antwortete* den Wortführern der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit der Versicherung, daß er ihre Hoffnung auf Entspannung teile und darauf vertraue, daß *alle beteiligten Regierungen von Handlungen Abstand nehmen,* die irgendwie die Lage im Karibischen Meer verschärfen könnten. Dieser letzte Wunsch wurde auch in einer Antwort U Thants auf das Schreiben des kubanischen Botschafters, in dem er von dessen Stellungnahme Kenntnis nahm, ausgesprochen. Der gesamte Briefwechsel ging als Dokument dem Sicherheitsrat zu, womit für diesen jetzt der Fall erledigt ist. Im Augenblick hat es auch nicht den Anschein, als ob die neuen Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über das Verbleiben sowjetischer Soldaten und Techniker in Kuba oder die Unruhe in den Vereinigten Staaten und lateinamerikanischen Ländern über von Kuba ausgehende kommunistische Subversion in absehbarer Zeit die UN beschäftigen werden.

Allerdings tauchte der Kubakonflikt in den UN vorübergehend im Zusammenhang mit dem *Sonderfonds für Wirtschaftsentwicklung* auf, der seinerzeit unter seinen zahlreichen Programmen auch ein Projekt für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Versuchsstation in Santiago de las Vegas in der Havannaprovinz gebilligt hatte, das aber von den Vereinigten Staaten bekämpft worden war. Eine kubanische Beschwerde bei U Thant über die Verschleppung des Projektes hatte zur Folge, daß der Direktor des Sonderfonds, der Amerikaner *Paul Hoffmann,* der übrigens in diesen Tagen u. a. Bonn besuchte, die etappenweise Inangriffnahme ankündigte, und U Thant sie billigte und dabei Hoffmann als pflichtgetreuen internationalen Beamten pries, während die amerikanische Delegation, die von neuem das Projekt bekämpfte, sich damit begnügen mußte, daß „kein amerikanischer Dollar" für dasselbe verwandt würde, was nicht hindert, daß die Vereinigten Staaten für den Sonderfonds den Hauptbeitrag liefern ...

3. Palästina

Inzwischen nahm die bereits sehr geschwächte Illusion, den arabisch-israelischen Konflikt über die arabischen Palästinaflüchtlinge langsam einer halbwegs rationalen Lösung entgegenzuführen, ein Ende. Die *Schiedskommission für Palästina,* die sich aus Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Türkei zusammensetzt und eine Formel für die Durchführung der Versammlungsentschließung des Jahres 1948 — *Entschädigung oder Rückkehr* der Flüchtlinge in das israelische Gebiet — suchte, hatte den Präsidenten der Carnegiestiftung *Dr. Joseph Johnson* mit der Untersuchung des Problems und Ausarbeitung von Vorschlägen betraut. Ein sehr wohlmeinender, aber auch sehr komplizierter Plan Johnsons, der eine Art stufenweisen Plebiszits unter den Flüchtlingen und bestimmte Verpflichtungen Israels und der vier arabischen Nachbarstaaten — der Gastländer der Flüchtlinge — vorsah, fand nicht den Beifall der beteiligten Regierungen. Die mehr als leidenschaftlichen Ausbrüche der Araber im Verlauf der letzten Versammlungstagung ließen überdies keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Zeit nicht für eine Lösung reif ist: Die Araber bestehen nicht nur auf uneingeschränkter Rückkehr in das „arabische Palästina", das unrechtmäßig von den Zionisten kolonisiert und besetzt sei, und Israel, das jede massive Rückwanderung als Unterhöhlung des Bestandes des Staates entschieden ablehnt, hat unter diesen Umständen keine Neigung, kompromißhaftes Entgegenkommen zu zeigen, das ja hartnäckig als unzureichend und nicht mit dem politischen Ziel der arabischen Flüchtlingspolitik vereinbar abgelehnt wird.

Unter diesen Umständen kündigte in einer Sitzung der Schiedskommission am 31. Januar Dr. Johnson seinen *Rücktritt* an, den die Kommission, ohne die Ernennung eines Nachfolgers ins Auge zu fassen, mit Bedauern annehmen mußte.

4. Westneuguinea

Ein anderes politisches Problem, dem die Organisation oder jedenfalls der Generalsekretär Aufmerksamkeit schenken mußte, war die Durchführung des von der Generalversammlung gebilligten *holländisch-indonesischen Abkommens* über Westneuguinea. Seit dem 31. Dezember 1962 flattert neben der Fahne der Vereinten Nationen die indonesische Fahne anstelle der niederländischen über dem Verwaltungsgebäude des Vertreters der UN, Dr. Djalal Abdoh. Eine Reihe von Maßnahmen für die Übernahme der Verwaltung durch Indonesien am 1. Mai 1963 wurden seitdem ergriffen, nachdem ein indonesischer Versuch sie vorzuverlegen, an der Haltung U Thants gescheitert war, der mit Recht betonte, daß Abänderungen in dem Abkommen die Einwilligung aller Teile, also auch die der Niederlande und der Generalversammlung, erfordern. Ein Zugeständnis an Indonesien ist jedoch darin zu erblicken, daß bereits mit der Einschaltung indonesischen Personals begonnen wird. Während einer Asienreise, die U Thants Kabinettschef, den Untergeneralsekretär *Narasimhan,* nach Westneuguinea und Djakarta führte, wurden die weiteren Modalitäten erörtert.

5. Abrüstung

Entgegen den Erwartungen und Hoffnungen, von denen die letzte Tagung der Generalversammlung widerhallte, hat die Behandlung des Abrüstungsproblems bis zum Zeitpunkt, an dem dieser Bericht verfaßt wird, namentlich in bezug auf das *Atomtestproblem,* keine Fortschritte gemacht. Zwar wurde die neue Tagung der Abrüstungskommission um zwei Wochen verschoben, um den als verheißungsvoll beurteilten *direkten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen,* an denen dann später die Briten teilnahmen, eine Chance zu geben. Sie fanden zunächst in New York, dann in Washington, hierauf wieder in New York statt, führten zu optimistischen Äußerungen *U Thants,* mußten dann aber als ergebnislos eingestellt und wieder der Genfer Konferenz überlassen werden, in der bis zum Augenblick Gegensätze zwischen Amerikanern und Russen andauern, die vor allem der Zahl der

jährlich auf automatischem Wege vorzunehmenden Kontrolle der Innehaltung eines Testverbots galten.
Die Unruhe und Besorgnis, die dieses ständige Versagen auch nur elementarer Einigungsbemühungen hervorrief, fand ihren Ausdruck auf der *Genfer Konferenz für Wissenschaft und Technik*, der ein späterer Abschnitt dieses Berichtes gewidmet ist: Über 100 Teilnehmer richteten einen *feierlichen Appell* an die Abrüstungskommission, in dem diese dringend ersucht wurde, schnell zu einer Einigung über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu gelangen, so bald wie möglich die „allgemeine und völlige Abrüstung" unter wirksamer internationaler Kontrolle herbeizuführen und damit die für wirtschaftliche und soziale Entwicklung benötigten Mittel frei zu machen.

6. Wiederaufnahme des antikolonialen Ansturmes

Die Siebzehnerkommission der UN, in der sich im Vorjahre der Hauptansturm gegen die Überreste kolonialer Herrschaft vollzog — ihre Aufgabe ist es, die Versammlungserklärung [a] vom Jahre 1960 über beschleunigte und bedingungslose Unabhängigkeit aller nichtselbständigen Gebiete und Völker durchzuführen —, trat am 20. Februar wieder zusammen, nachdem sie auf Grund eines Versammlungsbeschlusses in eine *Vierundzwanzigerkommission* umgewandelt worden war: zu den bisherigen Mitgliedern, Äthiopien, Australien, Großbritannien, Indien, Italien, Jugoslawien, Kambodscha, Madagaskar, Mali, Polen, Sowjetunion, Syrien, Tanganjika, Tunesien, Uruguay, Venezuela und die Vereinigten Staaten, waren hinzugekommen Bulgarien, Chile, Dänemark, die Elfenbeinküste, Irak, Iran und Sierra Leone. Ihr Mandat verlangt, daß sie weiterhin die geeignetsten Wege und Mittel für die schleunige und totale Anwendung der Unabhängigkeitserklärung auf alle bisher noch nicht unabhängig gewordenen Gebiete erforscht, *spezifische Maßnahmen* für die völlige Anwendung der Erklärung vorschlägt, der Versammlung hierüber spätestens auf der nächsten ordentlichen Tagung Bericht erstattet und — dieser Passus ist für die neue Doktrin der Antikolonialisten bezeichnend — den *Sicherheitsrat* über alle Entwicklungen in den nichtselbständigen Gebieten unterrichtet, die den internationalen *Frieden* und die *Sicherheit* bedrohen können (d. h. gegebenenfalls Sanktionen ins Auge zu fassen).
Die feierliche Rede, mit der Generalsekretär *U Thant* die Tagung der Kommission eröffnete, entsprach durchaus der die afrikanisch-asiatischen Antikolonialisten beherrschenden Mentalität, und sie billigte es auch, daß die Kommission in sich immer mehr die Funktionen *anderer Organe* der Vereinten Nationen, die sich mit Kolonialproblemen befassen, vereinigt und praktisch übernimmt. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter Malis *Sori Culibaly*, bisher Vizevorsitzender der Siebzehnerkommission, gewählt. Die Debatten sollen das ganze Jahr hindurch andauern, werden damit neue Leidenschaften entfesseln und die alljährlichen bitteren Kämpfe in der Versammlung einleiten.

7. Finanzierung der friedenserhaltenden Aktionen

Am 30. Januar trat die von der Generalversammlung eingesetzte, aus 21 Mitgliedern bestehende „Arbeitsgruppe für die Prüfung der administrativen und budgetären Verfahren der UN", d. h. zur Prüfung der Finanzierungsmethoden für die friedenserhaltenden Aktionen der Organisation, zu einer nichtöffentlichen Tagung zusammen, die gegenwärtig noch andauert. Ihre Aufgabe ist es in erster Linie, besondere Methoden für solche erhebliche Kosten verursachende Aktionen wie die im Kongo und im Nahen Osten ausfindig zu machen, eine besondere Staffelung der Beitragspflichten vorzunehmen, die ja auf Grund des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes und der ihm zustimmenden Versammlungsentschließung als *obligatorisch* gelten müssen, sowie das Problem der rückständigen Beiträge im Zusammenhang mit diesen Aktionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Staaten zu untersuchen. Ein Bericht soll spätestens am 31. März vorliegen, um der für dieses Thema für Mitte Mai geplanten *Sondertagung der Generalversammlung* zuzugehen. Eine Aufstellung des Sekretariats zeigt, daß am 31. Dezember 1962 für das Kongokonto 76 209 612 Dollar ausstanden, für die Streitkraft im Nahen Osten 27 647 638 und vom Kapitalsbetriebsfonds und dem regulären Budget 17 764 606 Dollar.
Wenn man sich der schwierigen Debatten in der Versammlung vor Einholung und nach Vorliegen des Gerichtsgutachtens erinnert, des Widerstandes der *Kommunisten*, die keine Zahlungen für den Kongo und den Nahen Osten leisten wollen, Frankreichs, das Beiträge für den Kongo ablehnt, zahlreicher auf äußerste Herabsetzung ihrer Beitragspflicht bestehender anderer Nationen, so kann man sich nicht über die Schwierigkeiten wundern, die in den seit drei Wochen dauernden Debatten der Gruppe entstanden und die man, falls nicht im Laufe des März eine Lösung gefunden wird, in der Sondertagung der Versammlung wiederfinden wird. Werden die *Vereinigten Staaten*, die, wie sie es wissen ließen, gegenwärtig einen *Plan* ausarbeiten, diese Lösung näherbringen? Während wir diesen Bericht abfassen, hat sich in Erwartung dieses Planes die Gruppe um eine Woche vertagt; es finden Fühlungnahmen statt. Die besonnenen Elemente befürchten mit Recht ohne eine Lösung nicht allein infolge der noch andauernden Verpflichtungen im Kongo eine akute Krise, sondern auch eine unerträgliche Impotenz der Vereinten Nationen im Falle künftig notwendiger Aktionen.

II. Wirtschaftliche und humanitäre Probleme

1. Vorbereitung einer Welthandelskonferenz

Die von der Generalversammlung eingesetzte Kommission für die Vorbereitung einer Konferenz für Handel und Entwicklung tagte vom 22. Januar bis zum 5. Februar am Sitz der UN. Nach langen Debatten, in denen sich zuweilen Gegensätze zwischen den Hauptbefürwortern der Konferenz, den Entwicklungsländern und den Kommunisten fühlbar machten — letztere suchten westöstlichen Handel, regionale Abkommen (EWG) und Abrüstung mehr oder weniger in den Mittelpunkt zu rücken —, genehmigten die 30 Mitglieder mit einigen Vorbehalten einen Zwischenbericht, der dem Wirtschafts- und Sozialrat zu seiner Apriltagung in New York zugeht, worauf die Kommission einen neuen Bericht zuhanden des Rates auf seiner Genfer Mai-Juni-Tagung verfassen will.
Der gegenwärtig vorliegende Text enthält den Entwurf einer *Tagesordnung* für die Konferenz, der folgende Themen aufzählt: 1. Erweiterung des internationalen Handels und ihre Bedeutung für Wirtschaftsentwicklung; 2. Internationale Verbrauchsgüter- und Rohstoffprobleme; 3. Handel mit Fertig- und Halbfertigfabrikaten; 4. Hebung des „unsichtbaren" Handels der Entwicklungsländer; 5. Auswirkungen regionaler Wirtschaftsgruppen; 6. Finanzierung der Erweiterung des internationalen Handels; 7. Vereinbarungen, Methoden und Apparate für Durchführung von Maßnahmen zur Erweiterung des internationalen Handels.
Die Konferenz soll vom Wirtschafts- und Sozialrat auf spätestens Anfang 1964 einberufen werden. Die *Bundesrepublik*, die in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Sonderorganisationen der UN zu der Konferenz eingeladen ist, bekundete ihr Interesse an den Vorbereitungsarbeiten durch Entsendung von zwei Beobachtern in die Vorbereitungskommission, des Mitgliedes der ständigen Beobachtermission, *Dr. Guido Brunner*, und des Regierungsrates *Hans Schüßler* vom Wirtschaftsministerium.

Dr. Ralph Bunche (rechts), Untergeneralsekretär für besondere politische Aufgaben und Friedensnobelpreisträger, berichtet nach Rückkehr aus dem Kongo Generalsekretär U Thant über den Verlauf der Dezember-Januar-Ereignisse in Katanga (vgl. S. 38 und 56 ff.).

2. Konferenz für Wissenschaft und Technik

Ist es auch schwer, am Beginn der Vorbereitungsarbeiten die Aussichten der Welthandelskonferenz so optimistisch zu beurteilen, wie manche Enthusiasten am Sitz der UN es tun, so wird man doch die immerhin weltweite moralische Bedeutung der Konferenz für Wissenschaft und Technik, die vom 4. bis zum 20. Februar in Genf tagte, bereits anerkennen dürfen. Es ist wahr, daß sie im Gegensatz zu der künftigen Welthandelskonferenz keine Beschlüsse zu fassen hatte und nicht auf internationale Regierungsabkommen hinzielte. Auch wurden keine ständigen Organe gegründet, obgleich solche wiederholt angeregt wurden. Das Ziel war Gedankenaustausch, Sammlung von umfangreichem und zum größten Teil wertvollem Material, Förderung einer Durchdringung der Entwicklungsprobleme mit den fortgeschrittenen wissenschaftlichen und technologischen Errungenschaften und Erleuchtungen.

Dieses Ziel wurde in der von 1 800 Delegierten aus 87 Ländern beschickten Konferenz mit ihren 2 000 schriftlichen Beiträgen und zahlreichen Reden in 12 Allgemeinen Sitzungen, 80 Fachsitzungen, informellen Zusammenkünften und persönlichen Besprechungen erreicht. Drei Nobelpreisträger, mehrere Minister, viele Botschafter und vor allem berühmte Fachgelehrte nahmen an der Zusammenkunft teil. Ein Aufsatz des Oberregierungsrates Felix Klemm vom Bundeswirtschaftsministerium in Bonn hat in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift über die deutsche Beteiligung durch Denkschriften und Gelehrte berichtet.

Will man kurz zusammenfassen, so kann man *drei Hauptthemen* in den Verhandlungen und Arbeiten unterscheiden: 1. Natürliche Hilfsquellen, ihre Umwandlung in Verbrauchsgüter und Betriebsmaterial und die einschlägigen Transportprobleme; 2. Menschenmaterial, seine Ausbildung und Verbesserung und hierbei Verkehrs- und Verbindungsmethoden, die physisches und geistiges Wohlergehen des Menschen erhöhen können; 3. Rationelle Mobilisierung all dieser Faktoren, d. h. die Formen nationaler und internationaler Planung und Zusammenarbeit. Vor allem bot die Konferenz den oft in ihrem besonderen Fach isolierten Wissenschaftlern und Technikern die Möglichkeit, ihr Wirken in *globalem Zusammenhang* zu sehen und sich selbst zur Teilnahme an der wirtschaftlichen Emanzipierung der Entwicklungsländer zu ermutigen.

Eine Zusammenfassung der Verhandlungsberichte in sechs bis sieben Bänden wird allen, die an dem Entwicklungsprozeß in diesen Ländern arbeiten, eine Fülle von Tatsachen und Anregungen bieten. Wenn auch, wie gesagt, keine Organe geschaffen wurden — weder ein ständiges Institut noch ein Clearing-House unter einem Hochkommissar, da die meisten Delegierten eine Verstärkung der *bestehenden Sonderorganisationen* nach der wissenschaftlichen Seite vorzogen —, glauben diejenigen, welche die Genfer Konferenz beobachteten, an ihren hervorragenden Einfluß auf die Entwicklungsländer. Ein enthusiastischer Genfer Informationsbericht der UN bemerkt: „Wenn einige versucht waren anzunehmen, daß moderne Wissenschaft und Technik einfach die Reichen noch reicher macht, muß die Genfer Zusammenarbeit sie davon überzeugt haben, daß die Wissenschaftler und Techniker der hochentwickelten Länder in wachsendem Maße von dem Problem beherrscht werden, wie ihre Kenntnisse in den Dienst des Kampfes gegen wirtschaftliche Rückständigkeit gestellt werden können... Die Konferenz war eine wahrhaft *historische Gelegenheit* sowohl für die Wissenschaft als auch für die Massen, die ihrer Hilfe bedürfen, ... ein *Auftakt für künftige bezeichnendere Dinge.*"

Auch Skeptiker, die das Entwicklungsproblem für zu gewaltig und kompliziert halten, als daß eine wissenschaftlich-technologische Konferenz ihm praktisch bald gerecht werden könnte, und die diese einfach in den Rahmen der atmosphärischen Bemühungen stellen möchte, die sich unter der Ägide des „Entwicklungsjahrzehnts" abspielen, werden die Kennzeichnung als wichtigen *Auftakt* durchaus unterschreiben.

3. Sonderfonds für Wirtschaftsentwicklung

In seiner Tagung vom 14. bis zum 21. Januar bewilligte der Verwaltungsrat des Sonderfonds *42 neue Entwicklungsprojekte* und hierfür einen Betrag von 43,6 Mill. Dollar. Den größten Anteil wird Lateinamerika haben, dem in der Höhe der Finanzierung Afrika und hierauf die in den UN „Asien und Ferner Osten" genannte Region folgen. Außerdem soll ein *Regionales Planungsinstitut* für asiatische Länder nach dem Vorbild des 1962 in Lateinamerika gegründeten Institutes geschaffen werden. Der Direktor des Sonderfonds, *Paul Hoffmann,* regte in beachtenswerten Ausführungen engere Fühlung mit den Regierungen der empfangenden Länder an und teilte mit, daß Vereinbarungen im Gange seien für Konsultierungen, die bestmögliche Orientierung künftiger Begehren nach Mitwirkung des Fonds und damit einen wirklichen „Durchbruch" in der Wirtschaft der betreffenden Länder erlauben würden. Er erklärte, daß nach wie vor die Tätigkeit des Fonds sich auf folgende Gebiete konzentrieren werde: gesunde Entwicklungsplanung und Durchführung, Bestimmung der praktischen Potenzen menschlicher und physischer Hilfsquellen der empfangenden Länder, Verwirklichung dieser Potenzen. Er stellte in Betrachtungen zum wirtschaftlichen und entwicklungstechnischen Fortschritt in der Welt fest, daß trotz einer anscheinenden „Enttäuschungswelle" über fremde Hilfe das Ausmaß dieser Hilfe sich ständig mehren werde und daß gleichzeitig die Tendenz anwachse, Entwicklungshilfe durch den *Apparat der Vereinten Nationen* zu lenken. Er verlangte dringend, daß die nächste Konferenz für Anmeldung von Beiträgen im Oktober dieses Jahres 100 Mill. Dollar für die Programme des Jahres 1964 zur Verfügung stelle.

4. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eine vom Wirtschafts- und Sozialrat eingesetzte *Arbeitsgruppe für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,* bestehend aus 12 Mitgliedern — Vertretern Äthiopiens, Australiens, Brasiliens, Frankreichs, Großbritanniens, Indiens, Italiens, Jugoslawiens, Kolumbiens, Polens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten —, trat am 7. Februar am Sitz der UN zusammen, um über einen sowjetischen Entwurf für eine Erklärung zu dem Thema sowie Abänderungsanträge zu beraten und dem Rat in seiner New Yorker Apriltagung hierüber zu berichten.

Der sowjetische Antrag wollte, daß die Erklärung folgende Forderungen enthalte: Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen unter den Staaten ungeachtet der Unterschiede in ihren sozialen Systemen oder des Grades der Wirtschaftsentwicklung; Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als Richtlinien der Handelsbeziehungen; Annahme des Grundsatzes der Meistbegünstigung ohne diskriminatorische Einschränkungen durch alle Mitgliedstaaten; Förderung internationaler Verbrauchsgüter- und Rohstoffabkommen mit gleichem Nutzen für Einfuhr- und Ausfuhrländer und von langfristigen Handelsverträgen, die gerechten Austausch von weniger entwickelten Ländern erzeugten Gütern erleichtern würden; wirtschaftliche und technische Hilfe von seiten der Industriemächte an weniger entwickelte Länder ohne deren Souveränität einschränkende Bindungen; Proklamierung des souveränen Rechtes aller Staaten, über ihre natürlichen Hilfsquellen in Übereinstimmung mit ihrem nationalen Interesse zu verfügen; Verwertung ausländischen öffentlichen oder privaten Kapitals in Investitionen für Entwicklung der entscheidenden Wirtschaftszweige und nicht zugunsten exzessiven Gewinnes der Kapitalexporteure; wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unter allen Staaten.

Die Debatten über diesen reichlich demagogischen Entwurf dauerten bis zum 20. Februar. In ihrem Verlauf brachten die Vereinigten Staaten und andere teilnehmende Länder eine Reihe von Abänderungsanträgen ein. Lebhafte Meinungsverschiedenheiten lösten Begriffe wie „friedliche Koexistenz" und „Wettbewerb" aus. In den Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat wurde schließlich ein Erklärungstext eingeschaltet, der aber kein einmütig angenommenes Dokument ist, sondern in dem wichtige Teile ausdrücklich als weiterhin strittig bezeichnet wurden.

5. Bevölkerungsprobleme

Die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, welche im Vordergrund der Arbeiten der vorstehend behandelten Tagungen und Konferenzen standen, beherrschten naturgemäß auch die Debatten der Bevölkerungskommission, ein Organ des Wirtschafts- und Sozialrates, die ihre 12. Tagung vom 4. bis zum 15. Februar in New York abhielt. Zwei formelle Beschlüsse galten von der Kommission empfohlenen Programmen für *demographische Untersuchungen* und der Einberufung der *Zweiten Weltbevölkerungskonferenz* für das Jahr 1965. Darüber hinaus galten die Auseinandersetzungen in erster Linie dem Problem der Beziehung zwischen Bevölkerung, womit Fruchtbarkeit gemeint war, und den wirtschaftlich-sozialen Umwandlungen, wobei das Thema der *Geburtenkontrolle* wie schon während der Versammlungstagung die Geister schied. Anregungen und Hilfeleistungen für eine solche Kontrolle kämen natürlich nur in den unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in Betracht, wo die Geburtenzahl doppelt so hoch ist wie in den entwickelten Ländern. Die Kommission mußte sich hier vornehmlich auf Empfehlungen über das *Studium* der die Fruchtbarkeit beeinflussenden Faktoren, rationelle Registrierung und auf Hinweise auf die asiatische Bevölkerungskonferenz in Indien im Dezember dieses Jahres beschränken. Sie verlieh dabei dem Gedanken Ausdruck, daß Bevölkerungspolitik nationalen Regierungen überlassen und Eingreifen der UN vermieden werden sollten. Besonders nachdrücklich erhoben sich im Gegensatz zu anderen Kommissionsmitgliedern die Vertreter der Sowjetunion und der Ukraine gegen die These, daß schneller Bevölkerungszuwachs die wirtschaftliche und soziale Entwicklung behindere. Sie erklärten, daß genau wie in den Industriestaaten Industrialisierung, höheres Lebensniveau und größere Bildung auch in den Entwicklungsländern die Geburtenzahl einschränken würden.

6. Wohnungsprobleme

Eine *Kommission für Wohnungsprobleme,* die vom 21. Januar bis zum 1. Februar in New York tagte, nahm eine Reihe von Entschließungen zuhanden des Wirtschafts- und Sozialrates an, die folgende Themen zum Gegenstand haben: 1. Koordinierung und Organisation bestehender und zu vermehrender internationaler Hilfe; 2. Finanzierung; 3. Förderung internationaler Forschungs-, Ausbildungs- und Informationszentren; 4. Errichtung eines internationalen Dokumentierungszentrums; 5. Planung und Durchführung von bahnbrechenden Projekten; 6. Erzieherische Maßnahmen.

7. Untersuchungen über die Lage des Wolframmarktes

Eine Zusammenkunft der Vertreter von 28 Regierungen, unter ihnen Dr. Guido Brunner von der Beobachtermission und Oberregierungsrat von der Becke vom Wirtschaftsministerium als Vertreter der Bundesrepublik, unternahm am 8. und 9. Januar präliminare Untersuchungen über die Lage im Wolframmarkt, auf dem sich seit 1960 ständige *Preissenkungen* vollzogen, was die Schließung einer Reihe von Bergwerken zur Folge hatte. Es wurde die Eintragung des Themas auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Kommission für Internationalen Verbrauchsgüter- und Rohstoffhandel sowie die Einberufung eines *besonderen Wolframkomitees* für Anfang Juni beschlossen und die Internationale Studiengruppe für Blei und Zink ersucht, diesem Komitee ihre technischen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

In der Zwischenzeit wird das Sekretariat in Konsultation mit interessierten Regierungen statistisches Material und eine Analyse der den Wolframmarkt betreffenden Probleme vorbereiten.

8. Ein Blick in die afrikanische Wirtschaftskommission

Es ist nicht möglich, hier auf die vielen anderen Wirtschaftsproblemen gewidmeten Tagungen einzugehen, die wie auch andere Fragen behandelnde Veranstaltungen weit über den Erdball zerstreut sind und fast alle in dieser oder jener Form in den Beratungen des Wirtschafts- und Sozialrates im Frühling und Sommer wiederauftauchen werden. Aber ein schneller Blick in die afrikanische Wirtschaftskommission, die kürzlich in *Léopoldville* tagte [b], dürfte nützlich sein, weil einige Aspekte, die Europa betreffen, es verdienen, hier hervorgehoben zu werden. Wir finden sie in der grundlegenden Eröffnungsrede, die der Leiter der Wirtschaftsabteilung der UN, der französische Untergeneralsekretär *Philippe de Seynes*, am 19. Februar hielt. Er sah den wichtigsten Faktor afrikanischer Handelsentwicklung in der Entwicklung *wirksamer Nachfrage in Westeuropa* und ging ausführlich ein auf das neue Abkommen zwischen den Ländern des *Europäischen Gemeinsamen Marktes und achtzehn afrikanischen Staaten.* Er nannte es in mancher Hinsicht einen „bemerkenswerten Ausdruck einer neuen wirtschaftlichen Solidarität zwischen industriellen und unterentwickelten Ländern, ein Instrument, mit dem, wie es so oft in den Vereinten Nationen empfohlen wurde, Handels- und Hilfsprobleme innerhalb desselben Abkommens geregelt und als eng miteinander verknüpft behandelt werden, eine Vereinbarung, die sich über eine hinreichend lange Periode erstreckt, um den Teilnehmern das Mindestmaß von Sicherheit zu gewähren, das sie für ihre Planung brauchen". „Die Vereinbarung", so fügte de Seynes hinzu, „läßt den afrikanischen Ländern die Freiheit, ihre Tarife zu bestimmen, um ihre entstehenden Industrien zu schützen; es ist in einem Wort ein umfassendes System, das wir gerne in der gesamten Welt oder wenigstens in dem gesamten Kontinent angewandt sehen möchten."

Da wir uns, wenn auch nur flüchtig, nach Léopoldville und in die afrikanische Wirtschaftskommission begeben haben, dürfen wir nach dem Hinweis auf de Seynes Ausführungen vielleicht noch ein anderes, weniger wichtiges Ereignis erwähnen. Drei *Kommunisten der deutschen Sowjetzone* suchten sich, wie sie es schon bei anderen Veranstaltungen in Afrika taten, in die Kommissionstagung als Beobachter — ein Rang, der nur Vertretern der Bundesrepublik zusteht — *einzuschleichen,* wurden jedoch von der kongolesischen Regierung *verhaftet* und *deportiert.*

9. Die Tagung des Unterausschusses zur Verhinderung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz

Die wichtigste Kundgebung der UN auf dem Gebiete ihrer sozialen und humanitären Aufgaben war in der Berichtsperiode die 15. Tagung des Unterausschusses zur Verhinderung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz. In diesem Gremium hatte die Hakenkreuzepidemie vor einigen Jahren die ersten Protestkundgebungen und Empfehlungen zur Abhilfe ausgelöst, aus denen dann schließlich die letzten *Versammlungsentschließungen gegen Rassenhaß und religiöse Intoleranz* hervorgingen, die für jedes dieser beiden Themen die Ausarbeitung sowohl einer *Erklärung* als auch eines *Abkommens* verlangen.

Es war Sache des Unterausschusses, sich dem Beginn einer Durchführung dieser Entschließungen zu widmen. Das Ergebnis ihrer Beratungen war zunächst der Entwurf einer *Erklärung* über das erste Thema. In ihm werden Theorien über Rassenunterschiede und Rassenüberlegenheit als wissenschaftlich falsch, moralisch verwerfbar, sozial ungerecht und gefährlich bezeichnet und entsprechende gesetzliche Maßnahmen von den Staaten gefordert. Was das zweite Thema betrifft, so ersuchte der Unterausschuß die übergeordnete Menschenrechtskommission, die Prüfung von Grundsätzen zum Problem der Religionsfreiheit und Diskriminierung, die ihr 1960 von dem Unterausschuß zugingen, zu vollenden.

Erheblichen Raum nahm in den Debatten die Erörterung über eine Denkschrift des philippinischen Berichterstatters *José Ingles* ein, in der Grundsätze und Forderungen in Durchführung des in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom Jahre 1948 niedergelegten Rechtes eines jeden, jedes Land, auch das eigene, *zu verlassen und dorthin zurückzukehren,* aufgestellt werden. Die Denkschrift prüft dieses Thema in allen nur denkbaren Aspekten und stellt fest, daß auf Grund der von 90 Regierungen gelieferten Informationen dieses Recht keineswegs allgemein als ein verfassungsmäßiges und gesetzliches Recht anerkannt wird. Die Erwähnung der *Berliner Schandmauer* in der Denkschrift rief heftigen Einspruch der kommunistischen Mitglieder hervor, die sich auch über Darlegungen zum Problem der Rassen- und Religionsfreiheit, namentlich von seiten der Vertreter nichtgouvernementaler Organisationen, erregten. Zu erwähnen ist noch eine später fortzusetzende Untersuchung über *Diskriminierung unehelicher Kinder* und der platonische Beschluß, das Problem des *Minderheitenschutzes* auf der Tagesordnung des Unterausschusses zu belassen. Inzwischen setzt eine Sonderkommission die Beratungen über die Organisation einer *großzügigen Feier des 15. Jahrestages* der Proklamierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1963 fort.

Schlußbetrachtung

Aus unseren Ausführungen dürfte hervorgehen, daß es jedenfalls keinen Leerlauf in den sogenannten „toten" Zeitläuften der Vereinten Nationen gibt. Und zieht man weiter in Betracht, welch riesenhafte, unsichtbare Arbeit im *Sekretariat* geleistet wird, um die zahlreichen Untersuchungen und Anordnungen durchzuführen, die sich aus den Versammlungsbeschlüssen ergaben, und die gegenwärtigen Tagungen mit Material zu versorgen, die künftigen zu organisieren und darüber hinaus auch politische Probleme, die in den UN selbst noch nicht in Erscheinung treten, zu beobachten, so wird man kaum die Kontinuität des Wirkens, unabhängig von sensationellen Höhepunkten, in der Weltorganisation bestreiten können.

Klar sind wir uns allerdings auch darüber, daß aus der Beschäftigung mit den in den Bereich der UN gehörenden Problemen und aus den einzelnen Tagungen im Verlauf dieser ersten beiden Monate im Augenblick kaum andere Schlüsse zu ziehen sind als die Feststellung dieser nützlichen Kontinuität. Zwei Monate stiller unsensationeller Arbeit bedeuten ebensowenig im Leben der Weltorganisation wie drei Monate wilden Geräusches. Aber diese beiden Monate haben bestätigt, was wir am Schluß unseres Berichtes über die drei Monate sagten, nämlich daß weiterhin die *Vereinten Nationen* da sind. Sie sind nicht eingeschlafen und nicht eingefroren. Sie haben sogar bescheiden hier und da einen neuen Anlauf genommen, dessen Rhythmus und dessen Kraft sich nun in den nächsten Monaten, vor allem in der vielleicht entscheidenden Sonderkonferenz für die Finanzierung der Friedensaktionen, offenbaren können. Bereitsein ist alles, so meinten wir. Die Hoffnung auf das Bereitsein der UN haben diese zwei Monate nicht ausgelöscht.

(Abgeschlossen am 23. Februar 1963)

Anmerkungen:

a Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker. — Entschließung der Generalversammlung 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960. Deutsche Übersetzung s. VEREINTE NATIONEN 10. Jg. (1962) Heft 4 S. 117.

b Die Zeitschrift wird in ihrer nächsten Ausgabe über diese Tagung einen Bericht bringen.